

Wolfgang Kessler

«Die Reichen werden immer reicher...»

Von Stahlmauern zum Weltsozialstaat oder die Suche nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung

1. Löcher im Mantel des Schweigens

Die Tatsache, daß die Reichen der Welt immer reicher werden und einen beträchtlichen Teil ihres Wohlstandes der Armut in der Zweidrittelwelt verdanken, ist seit langem bekannt. Daß sich die Diskussionen über die Ungerechtigkeit der Weltwirtschaftsordnung bisher dennoch fast ausschließlich in kleinen Zirkeln abspielte, hat einen zentralen Grund: Die Menschen in der Eindrittelwelt fühlten sich von den Ungerechtigkeiten der Weltwirtschaft nicht betroffen. Deshalb drang die Thematik auch gar nicht erst in die politische Diskussion vor. Denn: Welcher Politiker beantwortet Fragen, die ihm von den Wählern gar nicht gestellt werden? Auf diese Weise konnten die Menschen in den reichen Industrieländern ihre Verantwortung für die Armut in der Zweidrittelwelt jahrzehntelang unter den Mantel des Schweigens verdrängen.

Inzwischen beginnt sich die Situation zu verändern, der Mantel des Schweigens wird löchrig. Immer mehr Menschen wird bewußt, daß die

Zerstörung der Regenwälder über Klimaveränderungen auch die Umwelt in der Eindrittelwelt beeinträchtigt. Doch damit nicht genug. Nachdem die Industrieländer den Menschen im Süden der Welt über Jahrzehnte ihren Anteil am Wohlstand verweigerten, kommen diese selbst, um sich ihren Teil zu holen. Die Zahl der Armutsflüchtlinge wächst, und mit ihr die Angst der Eindrittelwelt vor dem Verlust ihres Wohlstandes. Noch beschränken sich die Regierungen der Industrieländer auf die Abwehr der Flüchtlinge — bis hin zum Bau einer Stahlmauer durch die USA, um die Grenze gegen mexikanische Einwanderer zu sichern. Noch stellen sich die Regierungen nicht den wirklichen Ursachen für die weltweite Flüchtlingsbewegung, doch lange werden sie sich einer offenen Diskussion jener Strukturprobleme der Weltwirtschaft nicht mehr verschließen können, die seit Jahrzehnten dafür sorgen, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden:

2. Die Strukturprobleme der Weltwirtschaft 2.1 Die Rohstoffpreise verfallen

Seit der Kolonialzeit leiden die Entwicklungsländer unter einer sehr einseitigen Produktionsstruktur, die die Industrieländer dort durchsetzten. Ihre Kolonialisten zerstörten die weit verbreitete Selbstversorgung in den eroberten Gebieten der sogenannten Dritten Welt. Stattdessen führten sie Großgrundbesitz ein und ließen die Länder Luxusrohstoffe wie Kaffee oder Tee für die Heimat der Kolonialisten anbauen statt Nahrungsmittel für den Eigenbedarf der lokalen Bevölkerung. Die Folgen dieser Kolonialisierung zeigen sich noch heute: Nach Angaben der UNO-Konferenz für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) sorgt der Export von Rohstoffen in 84 Entwicklungsländern noch immer für mehr als 50 Prozent der Exporterlöse. Auf diese Weise befinden sich viele Entwicklungsländer in einem wirtschaftlichen Teufelskreis: Wollen sie Maschinen, Fahrzeuge, Ersatzteile oder Energie für ihre wirtschaftliche Entwicklung aus den Industrieländern importieren, dann müssen sie diese Einfuhren mit Rohstoffen bezahlen — können sie dies nicht, müssen sie entweder auf die Einfuhren und damit auf wirtschaftliche Entwicklung verzichten oder aber das wachsende Finanzloch mit immer höheren

Kreditstopfen. So ist es denn kein Zufall, daß die Auslandsverschuldung vieler Entwicklungsländer gerade im vergangenen Jahrzehnt dramatisch anstieg. Ein Grund liegt in dem ebenso dramatischen Verfall der Rohstoffpreise. Immerhin lagen die Weltmarktpreise für die wichtigsten Rohstoffe nach Angaben des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung in Hamburg im Jahre 1986 um 30 Prozent unter ihrem Kaufkraftwert von 1980. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verschärfte sich dieser Trend noch: Genügte 1985 noch 92,5 Sack Kaffee oder 44,3 Tonnen Bananen, um bei einem großen deutschen Hersteller einen Lastkraftwagen mit einem Volumen von sechs bis zehn Tonnen zu erwerben, so mußten die Entwicklungsländer für diesen Laster Ende 1989 bereits 332,6 Sack Kaffee oder 69,4 Tonnen Bananen aufbringen. Der Weltmarkt hat die Rohstoffproduzenten in die Enge getrieben: Insgesamt müssen die Entwicklungsländer immer größere Mengen von Rohstoffen exportieren, um ihre Auslandsschulden zu bezahlen, gleichzeitig antwortet der freie Markt auf das wachsende Angebot an Rohstoffen mit rasch sinkenden Preisen.

2.2 Das «Frühstück» der Europäischen Gemeinschaft

Während die Regierungen der reichen Länder im Rohstoffsektor «unschuldig» auf die Sachzwänge des freien Weltmarktes verweisen, greifen sie selbst vehement in den freien Weltmarkt ein, wenn es um ihre lebenswichtigen Interessen geht — zum Beispiel im Bereich der Landwirtschaft. Obwohl weltweit genügend Nahrungsmittel produziert werden, um auch eine wachsende Weltbevölkerung zu ernähren, werden immer mehr Nahrungsmittel von kleinen Minderheiten der Weltbevölkerung «verfrühstückt». Zum Beispiel von der Europäischen Gemeinschaft. Um riesige Fleischberge anzuhäufen, verfüttert sie jährlich rund 40 Prozent des Weltgetreides, die Hälfte des gesamten Fischfanges der Welt (als Fischmehl), 60 bis 70 Prozent der Ölsaaten und ein Drittel der Milchprodukte an Kühe, Schweine und Geflügel — 40 Prozent dieser Futtermittel stammen aus der Dritten Welt. Mit der Umwandlung (Fachjargon: Veredelung) dieser riesigen Mengen Nahrungsmittel zu Fleisch gehen der Weltbevölkerung große Mengen an Kalorien einfach verloren. Immerhin

könnte ein Hektar Land für den Anbau von Sojabohnen den Eiweiß- und Kalorienbedarf von rund 5000 Menschen decken. Wird diese Fläche als Weideland genutzt, kann sie nur 191 Menschen ernähren.

Doch der Teufelskreis ist noch lange nicht zu Ende. Da die Europäische Gemeinschaft auf diese Weise zu viel Fleisch produziert, erhalten ihre Landwirte Subventionen, um ihr Fleisch zu Schleuderpreisen in die ganze Welt zu exportieren. 27 Millionen Tonnen Getreide, eineinhalb Millionen Tonnen Fleisch und rund zwei Millionen Tonnen Milchprodukte aus der Europäischen Gemeinschaft überschwemmen jährlich die ganze Welt. Die Folgen für die Entwicklungsländer sind katastrophal: Auf ihre Märkte strömen «Edelnahrungsmittel», die für die Masse der Hungernden zwar unbezahlbar, gleichzeitig aber immer noch so billig sind, daß sie einheimische Produzenten in der Dritten Welt entmutigen und ihre Produkte von den Märkten verdrängen. Das Ergebnis: Die satte Minderheit der Weltbevölkerung wird immer fetter, während für die Hungernden immer weniger Nahrungsmittel übrigbleiben.

2.3 Die Billiglohnländer in der Sackgasse

Auf dem für die wirtschaftliche Entwicklung wichtigsten Feld der Industrialisierung zeigt sich ein ähnliches Bild. Zwar begaben sich zahlreiche Länder der Zweidrittelwelt, insbesondere in Asien und Lateinamerika, in den sechziger und siebziger Jahren dieses Jahrhunderts auf den Pfad der Industrialisierung nach westlichem Muster. Sie boten den Großunternehmen großzügige Vergünstigungen an: niedrige Arbeitskosten, geringe Steuern, wenige staatliche Auflagen und ein geringes Widerstandspotential auf Seiten der Arbeitnehmer durch Einschränkungen für Gewerkschaften. Dennoch ermöglichte diese Strategie des «Ausverkaufs» an westliche Großunternehmen nur wenigen Staaten den — sozial und entwicklungspolitisch ohnehin umstrittenen — Sprung ins Industriezeitalter. Insgesamt spielt die Zweidrittelwelt in der Weltproduktion von Industriewaren eine völlig untergeordnete Rolle: Der Anteil der gesamten sogenannten Dritten Welt an der weltweiten Industrieproduktion belief sich nach Angaben der UN-Konferenz für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) 1988 auf rund elf Prozent,

ganz Schwarzafrika kam auf 0,6 Prozent. Nach den Statistiken des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat sich der Anteil der Industrieländer an der Weltausfuhr seit 1975 von 65,6 Prozent auf 70,7 Prozent erhöht, während derjenige der Entwicklungsländer von 24,6 Prozent auf 19,7 Prozent zurückgegangen ist. Zu alledem sind diese geringen Anteile der Zweidrittelwelt an Welthandel und Weltproduktion «noch in Gefahr». So fürchten viele Länder der Dritten Welt eine Abschottung des künftigen Europäischen Binnenmarktes vom Weltmarkt, so daß sich die Absatzmöglichkeiten für Exporteure aus den Entwicklungsländern verringern könnten. Dazu kommt, daß die Strategie einer «exportorientierten Industrialisierung», der viele Länder der Dritten Welt als Rettungsanker folgten, durch die technologische Entwicklung in den Industrieländern überholt wird. Die mikroelektronische Revolution der Produktionsverfahren ist so weit fortgeschritten, daß der Anteil der Arbeitskosten an den Gesamtkosten zumindest in den Großunternehmen immer weiter absinkt — in stark durchrationalisierten Betrieben liegt dieser Anteil bereits unter zehn Prozent. Entsprechend gering fallen niedrige Lohnkosten von Entwicklungsländern als Motivation für Auslandsinvestitionen großer Konzerne ins Gewicht. Auf diese Weise könnte jener Alptraum Wirklichkeit werden, den Franz Josef Hinkelammert, ein Wirtschaftswissenschaftler aus Costa Rica, während des Deutschen Katholikentages 1990 in Berlin vor einem relativ kleinen Kreis von Zuhörern darlegte: «Die Arbeitskraft des Südens wird durch Computer und Automation zunehmend überflüssig. Was der übermächtige Norden in Zukunft benötigt, das sind die Meere, bestimmte noch nicht ersetzbare Rohstoffe, die Wälder und die ökologischen Ressourcen der Dritten Welt. Ihre Menschen aber werden nicht mehr gebraucht. Sogenannte intelligente Maschinen in der Ersten Welt produzieren noch kostengünstiger und fehlerfreier als Arbeiterinnen und Arbeiter in den Billiglohnländern der Dritten Welt».

3. Armut und Auslandsschulden oder der Saldo der Entwicklungsbilanz

Erstmals seit langem zog die Weltbank in Washington D.C. in ihrem «Weltentwicklungsbe-

richt 1990» eine schonungslos offene Bilanz der weltwirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten (S. 9): «Vielen Entwicklungsländern ist es nicht nur mißlungen, mit den Industrieländern Schritt zu halten; ihre Einkommen sind vielmehr absolut gesunken. Der Lebensstandard von Millionen Menschen in Lateinamerika ist jetzt niedriger als zu Beginn der siebziger Jahre. In den meisten afrikanischen Ländern südlich der Sahara ist der Lebensstandard auf ein Niveau gesunken, das zuletzt in den sechziger Jahren erreicht worden war. Solche Fakten, so ungewöhnlich sie sind, reichen nicht aus, um die Notlage der Allerärmsten zu erfassen, deren Hoffnungen weiterhin enttäuscht wurden, selbst wenn die Einkommen anderswo in der Dritten Welt gestiegen sind. Für viele Arme in der Welt waren die achtziger Jahre ein «verlorenes Jahrzehnt» — in der Tat eine Katastrophe».

Der Traum von der wirtschaftlichen Entwicklung vieler Länder der Dritten Welt nach dem Muster der westlichen Industrieländer hat sich nicht nur als unrealistisch erwiesen. Er hat für viele Entwicklungsländer existentiell bedrohliche Nachwehen in Gestalt hoher Auslandsschulden als Folge einer weltwirtschaftlichen Entwicklung, in deren Verlauf die Länder der Dritten Welt ihre teuren Einfuhren nicht mit dem Export billiger Rohstoffe und einfacher Konsumgüter bezahlen konnten. Nach Angaben der Weltbank nähern sich diese Auslandsschulden inzwischen der unvorstellbaren Summe von 1400 Milliarden US-Dollar. Dieser Schuldenberg symbolisiert die historisch bedingten wirtschaftlichen Strukturdefizite der Entwicklungsländer ebenso wie ihren verblaßten Traum vom wirtschaftlichen Aufstieg mit Hilfe der Industrieländer. Die Auslandsschulden sind der mathematische Beleg einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung. Gleichzeitig tragen sie ihrerseits zur weiteren Bereicherung der Reichen bei. Über den Schuldendienst flossen allein 1988 über 52 Milliarden US-Dollar mehr von der Dritten Welt an die Gläubiger in den Industrieländern als insgesamt an Kapital (über Entwicklungshilfe, neue Kredite und ausländische Investitionen) vom reichen Norden in den armen Süden floß. Die Auslandsschulden sorgen auf diese Weise für einen ständigen Kapitaltransfer in die reiche Welt.

4. Die bitteren Folgen der Auslandsschulden

Dafür sind die Folgen der Auslandsschulden für die betroffenen Schuldnerländer mehr als bitter. Denn ihre Regierungen, selbst demokratisch gewählte und an den Bedürfnissen ihrer Bevölkerung orientierte, werden durch den Druck der Auslandsschulden zu zwei wirtschaftspolitischen Strategien gezwungen: Sie müssen so viel wie möglich exportieren und so wenig wie möglich importieren, um ihren Devisenhaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Die Erhöhung der Exporte um jeden Preis bedeutet jedoch, daß Ressourcen, die bisher dem Eigenverbrauch vorbehalten waren, in den Export gehen. Besonders bedeutsam ist dies im Bereich der Nahrungsmittelproduktion, in dem nun immer mehr Exportprodukte und weniger Produkte für den Eigenbedarf angebaut und hergestellt werden. Dadurch werden Nahrungsmittel in dem betroffenen Land knapp und teuer — und damit für breitere Bevölkerungsschichten unerschwinglich. Dazu kommt, daß die Regierungen von hochverschuldeten Ländern oft ihre gesamte Politik dem Ziel der Exportsteigerung unterordnen: Dann wird Holz ohne Rücksicht auf den Naturhaushalt geschlagen und ausgeführt, der Staat fordert immer niedrigere Löhne, damit die Betriebe des Landes für den Weltmarkt konkurrenzfähig sind.

Die drastische Verringerung der Einfuhren zur Entlastung der anderen Seite des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts hat ebenfalls katastrophale Konsequenzen: Entwicklungsprojekte können nicht mehr weiterlaufen, weil Ersatzteile fehlen; die Transportmöglichkeiten werden aus Energiemangel eingeschränkt; Nahrungsmittel werden knapp, weil sie nicht mehr importiert werden; Medikamente gehen zur Neige. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Schuldenkrise der Dritten Welt den Ausverkauf wirtschaftlicher und sozialer Ressourcen der Entwicklungsländern an die Industrieländer noch verstärkt, der im Rahmen der Weltwirtschaftsordnung ohnehin stattfindet. Bei alledem ist derzeit noch immer keine Lösung für dieses Problem absehbar, obwohl sich Banker und Politiker bereits seit 1982 damit befassen. Durch verschiedene Umschuldungsmechanismen und ein regelmäßiges Schuldenmanagement gelang es bisher lediglich, das Wachstum des Schuldenberges zu verlangsamen — dennoch

steigen die Auslandsschulden der Dritten Welt von Jahr zu Jahr weiter an.

5. Vom Nord-Süd-Dialog zum Monolog des Nordens

Die wirtschaftliche Krise in der Zweidrittel-Welt hat auch den einst von großen Hoffnungen begleiteten Nord-Süd-Dialog entscheidend verändert. Nachdem die Länder der Dritten Welt den Norden in den siebziger Jahren mit der Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung konfrontiert hatten, starteten die Industrieländer Ende der achtziger Jahre ihre Gegenoffensive: Im Rahmen der Achten Verhandlungsrunde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) — genannt «Uruguay-Runde» — wollen sie Grundregeln für einen freien Welthandel durchsetzen, die weit über das hinausgehen, was die derzeit 105 Signatarstaaten des GATT seit der Erstunterzeichnung dieses Abkommens im Jahre 1947 an Grundregeln verwirklicht haben. Bisher ging es dabei um den Abbau von Zöllen, Mengenbeschränkungen und Qualitätsauflagen für den Handel mit Waren — mit dem Ziel, den Warenaustausch weltweit zu erleichtern. War dieses Ziel aus der Sicht der Entwicklungsländer als der schwächeren Handelspartner schon umstritten genug, so geht es den Industrieländern in der Achten Verhandlungsrunde um Grundregeln für den Zugang von Dienstleistungskonzernen zu den Märkten der Unterzeichnerstaaten und um Grundvereinbarungen für ausländische Investitionen, die wirtschaftspolitische Auflagen der Gastländer auf ein Mindestmaß beschränken sollen. Der Generalsekretär des GATT, Arthur Dunkel, sieht in solchen Vereinbarungen eine neue Qualität von Freihandel für die ganze Welt: «Wenn wir über die Liberalisierung im Dienstleistungsbereich und über die Beschränkung staatlicher Auflagen für Investitionen sprechen, dann geht es um nationale Gesetze. Wir greifen dann in Sphären ein, die bis heute als Gebiete der nationalen Autonomie betrachtet wurden. Das ist das Revolutionäre an der Uruguay-Runde.»¹

Revolutionär sind diese Bestrebungen in zweifacher Hinsicht. Einmal zeigen die Ziele der Verhandlungen, daß sich die Industrieländer die Weltwirtschaft als einen großen Binnenmarkt wünschen, auf dem die Regierungen den Investitionsplanungen der großen transnationalen

Konzerne nur noch wenige Hindernisse in den Weg stellen können, wollen sie nicht gegen internationale Vereinbarungen verstoßen. Aus der Sicht der Zweidrittelwelt ist dies eine bedrohliche Vorstellung, könnte sie doch der wirtschaftlichen Offensive der Großunternehmen nur wenig entgegensetzen. Für den indischen GATT-Botschafter und Sprecher der Dritten Welt in der Uruguay-Runde, B.K. Zutshi, «zeigen viele Forderungen der Industrieländer im Rahmen der Uruguay-Runde deshalb ein hohes Maß an Geringschätzung gegenüber den Emotionen in der Dritten Welt. Unsere Sorgen über unsere künftige Entwicklung und unsere Bedürfnisse werden schlichtweg nicht zur Kenntnis genommen. Die Forderungen der Industrieländer beweisen, was diese durch GATT weltweit absichern wollen: nämlich ihre weltweite wirtschaftliche Dominanz»².

Revolutionär sind die Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde jedoch auch aus einem anderen Grund: Sie symbolisieren eine Machtverlagerung in der Nord-Süd-Diskussion. Zwei Jahrzehnte lang hatte sich der Nord-Süd-Dialog im Rahmen der Vereinten Nationen, vor allem der UNCTAD, abgespielt. Die umstrittenen Themen dieses Dialogs sollten die Grundpfeiler einer neuen Weltwirtschaftsordnung werden: mehr Entwicklungshilfe, höhere Rohstoffpreise, Technologietransfer in die Dritte Welt und freier Zugang der Produzenten aus Entwicklungsländern zu den Märkten der Industrieländer. Obwohl die Regierungen des Nordens die Forderungen der Zweidrittelwelt abblockten, ist die Verlagerung des Nord-Süd-Dialoges in das GATT mehr als ein Wechsel der Abkürzung: Durch die Konzentration der Verhandlungen auf das Ziel eines freien Welt Handels konnten die Industrieländer unbeliebte Themen aus der Diskussion verdrängen und die Entwicklungsländer gleichzeitig in die internationale Pflicht zum Aufbau eines freien Welt Handels nehmen, der den konkurrenzfähigsten Volkswirtschaften der Erde am meisten nutzen wird. Auf diese Weise wurde der Nord-Süd-Dialog zu einem Monolog des Nordens.

6. Die Chance: Von Stahlmauern zum Weltsozialstaat

Vor diesem Hintergrund ist die Weltgesellschaft von einer Lösung dieser drängenden Probleme

derzeit weiter entfernt denn je — und dies, obwohl die Probleme der Zweidrittelwelt in Gestalt von Umweltzerstörung und Flüchtlingen auch die reichen Industrieländer erreichen. In dieser Situation ist es nicht verwunderlich, daß sich die reiche Welt zunächst von den Folgen ihrer Politik abschottet. Ihre Reaktionen reichen von der Errichtung einer Stahlmauer durch die USA über strenge Asyl- und Einwanderungsbestimmungen der EG bis hin zu militärischen Planspielen für mögliche Konflikte mit «aggressiven Regierungen der Dritten Welt», so der amerikanische Verteidigungsminister Dick Cheney. Für Entwicklungsexperten wie Elmar Altvater, Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin, ist diese Abschottungsstrategie letztlich jedoch illusorisch: «Die ‹Zivilisierung› des Kapitalismus mag ja in den Industrieländern Aussicht auf Erfolg haben. Doch der ‹Zivilisierung› im reichen Norden entspricht die ‹Entzivilisierung› südlich des Mittelmeers und des Rio Grande del Norte. Wenn man die Rückwirkungen der Entzivilisierung des Kapitalismus in anderen Weltgegenden in Rechnung stellt, ist es fraglich, ob eine zivile und demokratische Gesellschaft in einer Festung, abgeschottet gegen den größeren Rest der Welt, errichtet und erhalten werden kann.»³

In dieser Illusion sehen jene eine große und vielleicht letzte Chance für die Welt, die sich schon seit Jahrzehnten für gerechtere wirtschaftliche Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern engagieren. Zum Beispiel Jan Pronk, langjähriger stellvertretender Generalsekretär der UNCTAD und heute Entwicklungshilfeminister der Niederlande. Auf dem Evangelischen Kirchentag im Ruhrgebiet im Juni 1991 forderte er globale Vereinbarungen zwischen den Regierungen der Welt als Antwort auf die Globalisierung der Probleme. Im Prinzip wünscht sich Pronk weltweit eine Entwicklung, wie sie in den vergangenen hundert Jahren in den Industrieländern stattfand: Wirtschaftsliberale Nationalstaaten wurden unter dem Druck von sozialen Bewegungen zu Sozialstaaten weiterentwickelt. Zwar ist die Entwicklung zu einem Weltsozialstaat — das weiß auch Pronk — unter den gegenwärtigen weltpolitischen Bedingungen unrealistisch. Dennoch werden derzeit Vorschläge diskutiert, die durchaus erste Schritte in Richtung eines «Weltsozialstaates» sein könnten:

— Ein bedeutender Schritt wären politische Vereinbarungen zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern über höhere und stabile Rohstoffpreise. Da es sich dabei um Eingriffe in das freie Spiel der Marktkräfte handelt, ist dieser Vorschlag in den marktwirtschaftlichen Industrieländern besonders unpopulär. Gleichzeitig lägen höhere Rohstoffpreise im langfristigen Interesse der gesamten Weltgesellschaft: Einmal würden sie die finanzielle Situation vieler Entwicklungsländer entscheidend verbessern und Kapital vom reichen Teil der Welt in den armen Teil umverteilen. Zum anderen wären die hohen Rohstoffpreise ein Anreiz für die ganze Weltwirtschaft, nicht erneuerbare Rohstoffe einzusparen und Ressourcen für künftige Generationen zu schonen.

— Alle Strategien zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in der Dritten Welt erfordern eine kontrollierte Verringerung der Auslandsschulden: einmal durch eine mit den Abschreibungsmöglichkeiten der westlichen Banken abgestimmte Streichung und zum anderen durch neue Formen der Umwidmung dieser Schulden, die dann sogar einen Beitrag zur Entwicklung leisten könnten. Man denke nur an die Idee, daß die Schuldnerländer einen Teil ihrer Auslandsschulden in nationaler Währung in einen Fonds einzahlen, aus dem dann soziale und ökologisch orientierte Projekte finanziert werden. Insgesamt sind der Phantasie bei der Entschuldung der Dritten Welt keine Grenzen gesetzt. Eines steht jedoch fest: Werden die Entwicklungsländer nicht vom Zwangskorsett der Auslandsschulden befreit, dann sind die Spielräume für eine eigenständige soziale Entwicklung denkbar gering.

— Erste Schritte zu einem «Weltsozialstaat» verlangen auch eine Abkehr vom «heiligen» Prinzip des freien Welthandels. Ein freier Welthandel leistet keinen Beitrag zur Verbesserung der sozialen und ökologischen Bedingungen in der Dritten Welt. Im Gegenteil: Im harten Konkurrenzkampf um die attraktiven Märkte in den Industrieländern suchen sich die Produzenten in der Dritten Welt aus Kostengründen die Regionen mit den schlechtesten ökologischen und sozialen Bedingungen aus. Die Alternative dazu ist ein sozial und ökologisch regulierter Welthandel, bei dem die Industrieländer Einfuhren aus der sogenannten Dritten Welt an ökologische und soziale Mindestauflagen binden. Mit

dieser Maßnahme könnte man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Einmal würden sich die sozialen und ökologischen Bedingungen in der Dritten Welt durch diesen Außendruck verbessern. Zum anderen würde diese Regelung dem weltweiten Konkurrenzkampf um die schlechtesten ökologischen und sozialen Bedingungen einen Riegel vorschieben, von dem nicht zuletzt auch die Produzenten in den Industrieländern profitieren würden — insofern wäre diese Maßnahme ein erster Schritt zu einer sozialökologischen Weltwirtschaftspolitik.

Diese drei Grundforderungen an eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung wären zwar nur kleine Schritte auf dem Weg zu einem «Weltsozialstaat», aber große Schritte unter den gegenwärtigen weltpolitischen Bedingungen. Noch immer vernebeln die Jubelfeiern über den Sieg des Kapitalismus im Wettbewerb der Systeme die Tatsache, daß die wirtschaftliche und damit auch die politische Zukunft der Einen Welt davon abhängt, inwiefern eine neue und gerechtere Weltwirtschaftsordnung die zerstörerischen Kräfte des internationalen Kapitalismus bändigen kann. Die entscheidende Aufgabe dabei wird die Durchsetzung eines anderen Wirtschafts- und Lebensstils in den Industrieländern sein, der mit einem wesentlich geringeren Verbrauch von Rohstoffen, Energie und Konsumgütern auskommt. Nur unter dieser Voraussetzung erhält die Zweidrittelwelt den notwendigen Spielraum für ein umweltverträgliches Wachstum, um das Lebensniveau der eigenen Bevölkerungen zu heben, ohne die Ökologie der ganzen Welt zu zerstören. Nur wenn die Reichen der Welt das Teilen lernen, können die Armen der Welt ohne Schaden für alle reicher werden. Oder in den Worten von Franz Kamphaus, Bischof von Limburg: «Wir müssen anders leben, damit andere anders leben können.»⁴

¹ epd-Entwicklungspolitik 21 (1988) 5.

² B.K. Zutshi, in: epd-Entwicklungspolitik 18 (1990) 21.

³ Frankfurter Rundschau vom 31. 7. 1991, 16.

⁴ epd-Dritte-Welt-Information 6 (1986) 6.

WOLFGANG KESSLER

Soziologe; geb. 1953; Wirtschaft- und Sozialwissenschaftler; Redakteur für Politik und Wirtschaft bei der Zeitschrift «Publik Forum», Zeitung kritischer Christen. Anschrift: Postfach 2010, 6370 Oberursel.